

Bundesregierung will Naturschutz mit den Menschen vor Ort

- DJV: Koalitionsvertrag ist vielversprechend / mehr Biotopvernetzung ist unerlässlich -

Der Deutsche Jagdschutz-Verband (DJV) bewertet es als positiv, dass sich CDU/CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich für eine Kooperation mit den Naturnutzern vor Ort in Naturschutz-Fragen aussprechen. Zahlreiche DJV-Forderungen haben Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Dass Jäger über nachhaltige Nutzung die biologische Vielfalt in Deutschland fördern, wird ausdrücklich gewürdigt. „Käseglocken-Naturschutz sollte der Vergangenheit angehören, wir müssen hin zur mehr Partnerschaft von Landwirtschaft, Jagd und Naturschutz. Denn was nützen viele kleine isolierte Schutzgebiete, in denen Arten nicht dauerhaft überleben können?“, sagte DJV-Präsident Jochen Borchert.

Biotopvernetzung statt Käseglocken-Naturschutz

Der DJV begrüße es deshalb, dass die Regierungskoalition künftig freiwillige Umweltprogramme stärker unterstützen will und damit eine Forderung der Jäger aufnimmt. Ökologische Trittsteine für die Ausbreitung zahlreicher Arten entstehen in der landwirtschaftlichen Fläche beispielsweise durch flexiblere Eingriffs- und Ausgleichsregelungen. Produktionsintegrierte Maßnahmen schaffen nach Auffassung des DJV weitere Naturschutz-Anreize für Landwirte. Blühstreifen mit heimischen Kräutern stellen auf Äckern beispielsweise attraktive Rückzugsgebiete für Wildtiere dar und könnten auch den Energiepflanzenanbau naturverträglicher gestalten.

Die Verkehrsinfrastruktur weiter auszubauen und damit Lebensräume noch mehr zu verinseln, sieht der DJV sehr kritisch. Umso mehr begrüßen die Jäger, dass im Koalitionsvertrag angekündigte „Bundesprogramm Wiedervernetzung“. Dies hatte der DJV hartnäckig eingefordert. Künftig sollen natürliche Lebensräume systematisch durch Querungshilfen vernetzt werden. Das wirkt sich insbesondere positiv auf Tiere mit großem Aktionsradius aus.

Das geplante Bundesprogramm ist nach DJV-Auffassung eine konsequente Fortsetzung des Konjunkturpakets II aus dem Frühjahr 2009. Durch dieses wurde auf Drängen des DJV und anderer Naturschutzverbände erstmals die Vernetzung von Lebensräumen über bestehende Straßen hinweg

möglich. Inzwischen ist der Bau von bundesweit rund 20 Grünbrücken genehmigt. Bereits seit acht Jahren hat der DJV zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Lebensraum Rotwild entscheidend daran mitgearbeitet, dass Wildtiere die Barriere Straße besser überwinden können.

Mit dem angelaufenen Pilotprojekt „Holsteiner Lebensraumkorridore“ – in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt als Leuchtturmprojekt bezeichnet – will der DJV gemeinsam mit anderen Partnern im Jahr 2010 weitere Akzente in der Biotopvernetzung setzen und hofft dabei auf die Unterstützung der neuen Bundesregierung.

Umweltbildung mit Naturnutzern

Die Bundesregierung will künftig gemeinsam mit den Naturnutzern Umweltbildung fördern. Wie wichtig das ist, zeigt der Jugendreport Natur von DJV und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald: Demnach hat nur jeder vierte Jugendliche jemals ein Reh in freier Wildbahn gesehen. „Mit der Bildungsinitiative Lernort Natur wirken Jäger der Naturentfremdung bei Kindern seit Jahren erfolgreich entgegen“, betonte Borchert. Mehr als 1.500 Jägern investieren bundesweit über 6.000 Stunden im Monat für ehrenamtliche Umweltbildung. Dieses große Engagement sei absolut förderungswürdig, so Borchert.

Verlässliche Rechtsgrundlagen

Der DJV begrüßt es, dass sich die neue Bundesregierung zum Bundesjagdgesetz bekennt. Ebenso wichtig ist die Feststellung im Koalitionsvertrag, dass Deutschland schon jetzt eines der strengsten Waffengesetze der Welt besitzt und kein Veränderungsbedarf besteht. Die jüngsten Verschärfungen sollen bis Ende 2011 auf Wirkung und unzumutbare Belastungen für Waffenbesitzer überprüft werden. Der DJV bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Forderung, dass das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung in der Praxis nicht verwässert werden darf. Zudem muss die Waffenkontrolle eine hoheitliche Aufgabe bleiben. Vorstößen baden-württembergischer Behörden, 400-Euro-Kräfte für die Kontrolle einzusetzen, erteilt der DJV eine klare Absage.